

Wöchentlich 48 Bl., monatlich 3,60 M., im Voraus zahlbar, Postbezugs 4,32 M., einschließlich 40 Pfg. Postgebühren- und 72 Pfg. Postbesitzgebühren. Einzelabonnements 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags und Feiertags einmal, die Übersetzungen für Berlin und im Ausland mit dem „Vorwärts“, „Illustrierte Beilage“, „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, „Jugendunterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Lehrer“, „Wille in die Arbeiterwelt“ und „Jugend-Vorwärts“

Groß-Berlin 10 Pf. Auswärts 15 Pf.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Preisnehmer: Dönhofs 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 87538. - Bankkonto: Bank der Arbeiter, Anhalterstr. und Beamten, Wallstr. 65, 101 5 u. Dtsch.-Gel., Postfach 1015 Berlin SW 1.

Die stützende Kompartiments-Zelle 60 Pfennig, Restante alle 6.- Reichsmark. „Aktionen“ des eingetragenen Wort 25 Pfennig (wird für zwei feingedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pfennig. Stützungsgebühr das erste Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort 10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben zahlen für zwei Worte. Arbeitslohn: 1. Zeile 60 Pfennig, Familienangehörige je 10 Pfennig. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentags von 9/1 bis 12 Uhr.

Briands Antwort an die Rechte.

Fortsetzung der Pariser außenpolitischen Debatte.

Paris, 26. Dezember. (Eigenbericht.)

In der Kammer, die am Dienstagabend ohne besondere Vorbereitung und besondere Reden die außenpolitische Debatte verlor, kam es am Donnerstag bei der Fortsetzung der Diskussion zu einem ziemlich heftigen Zusammenstoß zwischen Lardieu und der extremen Rechtsopposition; die Lardieu zu einer bemerkenswerten Demonstration von der Kammertribüne aus veranlaßte.

Der Ministerpräsident hatte in einer Rede des zweiten Vorsitzenden der Reparationskommission, des Abg. Dubois, der auf das heftigste den Young-Plan angriff, das Wort ergriffen, um zu erklären, daß die Regierung der unsicheren parlamentarischen Situation müde sei und die Kammer gezwungen habe, durch eine eindeutige Abstimmung zu den außenpolitischen Problemen Stellung zu nehmen. Ob die Regierung im Haag und in London eine schwere Verantwortung auf sich nehme, werde sie verlangen, daß die Kammer sich in ebenso eindeutiger Weise für oder gegen sie ausspreche. Die Regierung sei sich bewußt, daß sie sich in verpolitischen Gefahren aussehe, sie wolle aber nicht eine politische Situation fortbestehen lassen, in der Abgeordnete, die der Regierung ihr Vertrauen ausgesprochen hätten, trotzdem ununterbrochen von der Tribüne der Kammer aus die Politik dieser Regierung angriffen.

Zu Beginn der Sitzung sprach

Herr

in einer eindrucksvollen Rede sich für das Briandsche Projekt einer europäischen Föderation aus. Herrinot erklärte, seiner Ansicht nach sei der Briandsche Plan nicht nur logisch und richtig, sondern auch unmittelbar praktisch durchführbar. Es handle sich um eine neue Etappe auf dem Wege der Verwirklichung des Friedens. Man dürfe aber nicht an das Beispiel des Zollvereins denken. Der Zollverein habe zu einer Einigung Deutschlands zugunsten Preußens geführt. Das sei der Grund zur Verpfeifung Deutschlands gewesen. Frankreich wolle im Gegenteil allen anderen kleinen Nationen große Rechte einräumen und lehne jeden Versuch, die Idee des europäischen Zusammenschlusses zu einem Versuch der Vorstellung einer Hegemonie Frankreichs auszubilden, auf das entschiedenste ab. Der Gedanke einer europäischen Union sei daher der Konstruktion des Zollvereins durchaus nicht vergleichbar. Die Gefahr einer politischen und ökonomischen Katastrophe stehe Europa unabänderlich auf dem Wege zu seiner Vereinigung. Die wirtschaftliche Möglichkeit des Zusammenschlusses Europas ist unmittelbar gegeben. Es sei zu hoffen, daß Frankreich in kürzester Zeit in Gestalt eines präzis und detaillierten Plan der europäischen Föderation einginge. Dieser Plan des Friedens solle nur auf unverschieblicher Art verwirklicht werden. Eine geplante Verbotsformel gegen den Krieg könne nicht genügen. Es handle sich um die Schaffung einer Organisation, die gegen Kriegsveruche auch Sanktionen ergreifen könne.

Dubois erklärte, gegen Briands Außenpolitik gerichtet, der Young-Plan biete Frankreich keine Gewähr dafür, daß Deutschland seine Verpflichtungen erfüllen werde. Dubois nahm dann auf schärfste Stellung gegen die Räumung der dritten Zone, ehe die deutsche Schuld mobilisiert sei. Lardieu erklärte wiederholt, es sei unrichtig, daß die Räumung der dritten Zone begonnen habe. In diesem Zusammenhang entspann sich eine etwas konfuse Diskussion, an der sich die Abgeordneten Marin, Franklin-Bouillon, Ministerpräsident Lardieu und Außenminister Briand durch Zwischenrufe beteiligten.

Dann nahm

Briand

das Wort.

Seine mit größter Spannung erwartete Rede in der außenpolitischen Aussprache in der Kammer hat sachlich kaum etwas Neues gebracht. Sie war ein mit gewohnter oratorischer Meisterschaft abgelegtes Bekenntnis zur Sache des Friedens und gleichzeitig eine dialogisch glänzende Verteidigung gegen die Angriffe der Rechtsopposition. Briand polemisierte zunächst gegen die Abgeordneten Franklin-Bouillon und Wandel, die sich in negativer Kritik erschöpften, ohne in der Lage zu sein, seiner Politik ein anderes konstruktives Programm entgegenzusetzen.

Der Vorwurf der Verzögerungspolitik, den man gegen ihn erhebt, sei unberechtigt. Das habe lediglich die Lücke von Versailles durch Locarno ergänzt. Man könne Deutschland, ein 60-Millionen-Volk, auf die Dauer nicht durch Zwangsmaßnahmen beherrschen. Die Politik von Locarno sei nicht schlecht, weil diese Politik von Deutschland ausging. Besonders ungerecht empfinde er den Vorwurf, daß er die Interessen Polens mißachte. Als er sich der oberirdischen Frage annahm, habe es seinen Polen gegeben, der ihm nicht Dank dafür gewährt hätte. Der Locarnopakt habe auch den Vorteil gehabt, daß er den endgültigen Verzicht Deutschlands auf Elsaß-Lothringen besiegelte. Was den Anschluß betrifft, habe er niemals verfaßt, auf die Gefährlichkeit der Anschlußpolitik hinzuweisen. Im übrigen sei er nicht der Erfinder des Anschluß-

gedankens. Man brauche nur den Friedensvertrag nachzulesen, um festzustellen, daß

auch der Vertrag unter gewissen Bedingungen den Anschluß gestatte.

Die Sache des Friedens basiere auf dem Vertrauen, und es lämen immer wieder Versuche, das Vertrauen zu erschüttern; das Volk sei immer noch eher geneigt, an einer heroischen Geste Gefallen zu finden als an Friedensreden. „Ich aber“, erklärte Briand, „werde diesen Weg weitergehen bis zu meinem letzten Atemzuge, auch wenn Flüche meinen Weg begleiten; denn dies ist mein Glaubensbekenntnis.“

Jeder Staat könne auf seine eigene Sicherheit bedacht sein, ohne deshalb die Politik des Friedens aufgeben zu müssen. Was die Londoner Konferenz betrifft, gab er zu, daß das Terrain vielleicht nicht gerade günstig sei, aber bei jeder Konferenz könne man ja erst langsam Schritt für Schritt der Klärung des Programms näherkommen. Man macht mir Vorwürfe wegen der Räumung des Rheinlandes, jedoch der von einer parallelen Deklaration der Alliierten bestärkte Artikel 431 des Friedensvertrages steht vor, daß die Räumung beschleunigt werden könne, wenn Deutschland seinen guten Willen erweise, d. h. einen Teil der ihm auferlegten Verpflichtungen erfüllt hat. Solange er Außenminister sei, werde er nicht zulassen, daß man eine solche Verpflichtung bricht.

Am Schluß seiner Rede fordert Briand die Kammer auf, klar Stellung zu nehmen. Wenn sie Vertrauen zu seiner Politik hege, so habe sie immer die Möglichkeit, durch Streichung eines Teiles des auswärtigen Budgets, die er mit der Vertrauensfrage beantworten würde, ihn zu verhindern, daß er im Haag weiter „schlechte Politik“ mache. Er werde nur nach dem Haag fahren, wenn er als Reisegepäck das Vertrauen der Kammer mit sich führen werde. Die Kammer habe sich zu entscheiden und die Verantwortung für ihre Meinung auf sich zu nehmen.

Die außenpolitische Aussprache wurde nach der Rede Briands auf morgen vertagt und die Kammer beschäftigte sich mit dem

Amnestieentwurf für Léon Daudet.

Verschiedene Redner der Linken, darunter Herrinot, der Sozialist Roulet und der Kommunist Cahin forderten, daß die Begnadigung Daudets mit einer Generalamnestie verknüpft werde. Der diesbezügliche Antrag des Genossen Roulet wurde jedoch mit 303 gegen 260 Stimmen abgelehnt, nachdem Lardieu die Vertrauensfrage gestellt hatte, mithin erscheint die Begnadigung Daudets gesichert.

Feuer im Weißen Haus.

Wichtige Staatspapiere verbrannt.

Washington, 26. Dezember. (Eigenbericht.)

Das Seitengebäude des Weißen Hauses, in dem sich die Privatbüros des amerikanischen Staatspräsidenten befinden, brannte in der Nacht vom Dienstag zum Mittwoch völlig aus. Zahlreiche wichtige Staatspapiere wurden ein Opfer der Flammen. Ein Teil der wichtigsten Privatpapiere des Präsidenten konnte in Sicherheit gebracht werden. Der Schaden ist außerordentlich groß. Das Feuer ist durch Kurzschluß entstanden.

Bankrott mit politischen Folgen.

Belgischer Kolonialminister Ischoffen zurückgetreten.

Brüssel, 26. Dezember. (Eigenbericht.)

Nach einem unerwartet telegraphisch eintreffenden geheimen Ministerat ist der katholische Kolonialminister Ischoffen zurückgetreten. Der Grund des Rücktritts ist der Zusammenbruch der Bank Chandoir in Lüttich, in deren Verwaltungsrat Ischoffen auch während seiner Amtszeit als Minister geblieben ist. Durch den Bankrott sind Hunderte von kleinen Leuten mit dem Ruin bedroht. Ischoffen selber soll finanziell zugrunde gerichtet sein. Eine gerichtliche Untersuchung ist gegen die Verwalter der Bank eingeleitet worden, um deren Verantwortung festzustellen.

Der Rücktritt Ischoffens erregt starkes Aufsehen. Er ist einer der hervorstechendsten Führer der katholischen Partei, rechnet sich zu den christlichen Demokraten und unterhält trotz seiner wallonischen Herkunft gute Beziehungen zu den Flamen. Er wurde allgemein als künftiger Ministerpräsident angesehen, und während der letzten Regierungskrise wurde er als der wahrscheinlichste Nachfolger Jaspers genannt. Die beiden katholischen Führer, die beide Abgeordnete von Lüttich sind, sind als Rivalen bekannt, die nicht viel für einander übrig haben. Die Ausschaltung Ischoffens, obgleich ein empfindlicher Verlust für die katholische Partei, ist Herrn Jospin vielleicht nicht sehr unangenehm. Vorläufig übernimmt Jospin das Portefeuille des Kolonialministeriums.

Politischer Massenstreik.

Kommunistische Tragikomödie in vier Akten.

Die kommunistische Partei taumelt zurück in jenen Kurs, den sie einst unter der glorreichen Führung der Ruth Fischer und Maslow verfolgt hat. Wie einst ist das Kernstück dieser genialen Taktik die Auslieferung der Rathhäuser und Gemeindeparlamente an das Bürgertum. Die zentrale Anweisung an die kommunistischen Funktionäre im Lande lautet, daß mit Sozialdemokraten über die Befetzung wichtiger Gemeindeämter nicht verhandelt werden darf, daß Kommunisten nicht für sozialdemokratische Gemeindefunktionäre stimmen dürfen. Diese Taktik hat ihre ersten Erfolge zur Freude des Bürgertums zeitigt — kommunistische Funktionäre, die der Stimme der Vernunft gefolgt sind und mit Sozialdemokraten verhandelt haben, sind gemahregelt oder ausgeschlossen worden.

Der Zweck der Uebung ist, die Gemeindevertretungen zu diskreditieren und den Eindruck bei den gläubigen Kommunisten hervorzurufen, als sei jeder Versuch positiver Arbeit für die Arbeiterschaft in den Gemeinden ergebnislos. Diese Taktik ist die Antwort der KPD auf die Niederlage, die sie allenthalben bei den Gemeindevahlen erhalten hat. Sie ist um so hirnerbrannt, als das Bürgertum darum kämpft, die Anschläge des sozialistischen Werdens in den Gemeinden zu ersticken.

Die kommunistischen Drahtzieher wollen wieder einmal verrückt spielen, und wieder einmal nach dem bewährten Schema der revolutionären Gymnastik. Mit der Besetzungsaktion in den Gemeinden und mit den Radaudemonstrationen Erwerbsloser beginnt die Reihe: Aktion — streikern — Aufstand wieder einmal von vorne. Natürlich wird sie wieder einmal in den Anfängen stecken bleiben, und die Leidtragenden werden wieder einmal die Arbeiter sein, die sich durch das große Maul der Kommunisten haben verführen lassen.

Für Berlin hatten die kommunistischen Drahtzieher einen besonderen Clou vorbereitet: Kundgebung am Weihnachtsabend auf dem Kurfürstendam. Man merkte an der Vorbereitung der Demonstration den russischen Oberbefehlshaber, den Zusammenhang mit dem Antweihnachtsfeldzug in Sowjetrußland, die Erbitterung des Turkestaners darüber, daß der deutsche Prolet nicht so will wie er, daß er immer noch etwas für Weihnachten übrig hat. Diese deutsche Sentimentalität sollte den deutschen Kommunisten ausgetrieben werden, deshalb der Befehl zur Parteilosigkeit am Weihnachtsabend! Ach, es war ein kläglicher Versager: die Befohlenen glänzten in hellen Scharen durch Abwesenheit. Ein paar hundert Demonstranten fanden sich zu kümmerlichem Zuge zusammen. Experiment verunglückt.

Um so dicker sind die Leitern der Ueberschriften in der „Roten Fahne“: „Rot Front in den Straßen der Millionen — Tausende durchbrechen dreifaches Polizeikordon — Schrecken in den Wohnpalästen.“ Es war zwar alles ganz anders, es gab keine Tausende und keine durchbrochenen Polizeikordons — aber die Hand des Turkestaners lastet schwer, und die Ausführung des Befehls muß möglichst blumig gemeldet werden. Denn es gilt, die Willfährigkeit des befohlenen neuen Kurses zu erweisen.

Akt eins der „revolutionären“ Komödie in vier Akten ist durchgefallen, aber das ist für gehoramsbeflissene Kommunisten kein Anlaß, Akt zwei, drei und vier nicht nachzuliefern. Also erfährt man in der „Roten Fahne“, was nun kommen soll:

Akt zwei:

„Jetzt gibt es vielmehr, eine breite Kampf Bewegung zu entfalten. Viel zahlreicher noch als bisher müssen sich die Erwerbslosen auf jeder Stempelstelle vereinigen, um die Winterbeihilfe und die Lieferung von Kohlen und Kartoffeln in so überwältigender Zahl zu fordern, daß niemand sich ihren Wünschen zu widersetzen wagen darf.“

Akt drei:

„Da die Kapitalisten und Sozialdemokraten eure Lebenshaltung noch unter das Existenzminimum herabdrücken, so gilt es, mit der sofortigen Einstellung von Kämpfen für höheren Lohn zu antworten.“

Akt vier endlich — das Ende krönt das Werk:

„Gegen diese Lawine, die sich gegen das arbeitende Volk heranzwälzt, gibt es eine wirksame Form der proletarischen Wehr. Das ist der politische Massenstreik. Die herannahenden großen Klassenkämpfe zwingen die Arbeiter, diese Waffe zu ergreifen und mit ihrer Hilfe der Bourgeoisie einen vernichtenden Schlag zu verfeuern.“

Ganz nach Schema F, wie es der Turkestaner befiehlt! Das ist nicht etwa eine private Stellungnahme der „Roten Fahne“, es ist ein wirklich ernst gemeinte Parole der Leitung der kommunistischen Partei. Damit kein Zweifel darüber entsteht, und damit der Moskauer Befehl erkennbar wird, veröffentlicht die „Rote Fahne“ dazu die Ausführungen des Kommunisten Molotow auf dem 10. Ekki-Plenum:

„Das Problem des politischen Massenstreiks ist für die kommunistischen Parteien jetzt das entscheidende Problem. Darin besteht das Neue, das Grundlegende und das

Charakteristische, was heute im Mittelpunkt der tatsächlichen Aufgaben der kommunistischen Parteien steht . . .

Wir würden aber keine Kommunisten sein, wenn wir nicht verständen, daß sich die steigende revolutionäre Welle in einem bestimmten Stadium, und zwar nicht in einer weit entfernten Zukunft, in höhere Formen des revolutionären Kampfes nennenswerten kann. Daher entsteht vor uns heute mit aller Schärfe die Frage nach einer solchen Losung des revolutionären proletarischen Kampfes, die in maximaler Weise den Zusammenschluß der zersplitterten Aktionen der Arbeiterklasse in eine gemeinsame revolutionäre, allgemeine Klassenfront des Proletariats fördert.

Dies brachte uns auf der gegenwärtigen Etappe zur Losung des politischen Massenstreiks. Wir hätten diese Losung nicht aufstellen können, wenn wir uns nicht in einer Periode des Aufschwunges befänden.

Das ist weder neu noch grundlegend noch charakteristisch — alles genau so schon dagewesen. Es bleibt also dabei: Akt eins die Weihnachtsabenddemonstration, Akt vier der politische Massenstreik. Der Krampf ist befohlen und soll gemacht werden.

Politischer Massenstreik in einer Zeit der Massenarbeitslosigkeit! Eine hinüberbrannte Parole ist nicht gut möglich. Die Spuren sollten schreien! Der politische Massenstreik nach den Matigen war eine tolle Farce, und der Effekt war nur, daß ein paar tausend Arbeiter dann Feiertagsarbeit leisteten, um nicht aufs Pflaster zu fliegen. Oder soll man an den glänzenden Massenstreik in der Verkehrs-Gesellschaft erinnern, als der Kommunist Deter gehen mußte — in derselben Verkehrs-Gesellschaft, in der die Kommunisten mit Hilfe der „revolutionären Unorganisierten“ gesiegt hatten?

Sollen etwa die „revolutionären Unorganisierten“ dann die Arbeitsstellen der Organisierten einnehmen, die man mit Hilfe einer politischen Massenstreikfarce aufs Pflaster bringen möchte?

Der Lärm der Hakenkreuzler läßt wohl die kommunistischen Drahtzieher nicht schlafen, sie möchten ihn wohl übertrumpfen?

Aber es ist befohlen, und Befehle müssen ausgeführt werden, sonst — wehe dem kommunistischen „Führer“, der wider Moskaus Stachel löst! Die Tragikomödie soll also durchgeführt werden, wie der Moskauer Theaterzettel es vorschreibt. Der Effekt: kommunistische Arbeiter, die aus Parteidisziplin der hinüberbrannten Parole folgen, werden aus der Arbeit kommen, die „Führer“ reifen ihre Haut, und das Publikum, das dem Spiel zuschaut, geht lachend nach Hause — das Bürgertum.

Reichskabinett und Haag.

Heute Ernennung der Delegierten.

Der „Sozialdemokratische Pressedienst“ teilt mit:

Die Reichsregierung wird ihre Entscheidung über die Zusammensetzung der deutschen Delegation am Freitag treffen. Außer dem Außenminister Curtius, dem Finanzminister Moldenhauer und dem Minister für die besetzten Gebiete Wirth dürften der Delegation von den sozialdemokratischen Mitgliedern des Kabinetts entweder Reichswirtschaftsminister Robert Schmidt oder der Reichsminister des Innern Severing angehören. Reichsbankpräsident Schacht dürfte ebenfalls als deutscher Delegierter mit nach dem Haag reisen.

„Locarno“ des Mittelmeeres?

England als Garant für Frankreich und Italien.

London, 26. Dezember. (Eigenbericht.)

Es kann kaum mehr einem Zweifel unterliegen, daß sowohl Frankreich als auch Italien auf der kommenden Fünf-Mächte-Konferenz den Plan für ein Mittelmeer-Locarno unterstützen werden. Englands Aufgabe unter diesem Plan würde darin bestehen, sowohl Frankreich als auch Italien nach dem Muster der Locarno-Verträge gegen den Angriff durch das andere Land zu verteidigen. Nach dem vorliegenden Plan hätte Großbritannien zunächst seine Flotte, nötigenfalls jedoch die ganze Streitmacht des britischen Reiches gegen Angreifer einzusetzen. Man nimmt in London an, daß die Zustimmung der britischen Regierung zu einer derartig weitgehenden Garantie es Frankreich ermöglichen wird, das Prinzip der Parität gegenüber Italien einzunehmen, womit eines der schwersten Hindernisse für den Erfolg der Seeabrüstungs-Konferenz aus dem Wege geräumt wäre.

Neuer Kurs in Prag.

Sonderunterstützung für Arbeitslose.

Prag, 26. Dezember. (Eigenbericht.)

Der tschechoslowakische Ministerrat beschloß auf Antrag des Ministers Dr. Ludwig Čejka (Deutsch-Öst.), für die Arbeitslosen 1500 000 Kronen (etwa 190 000 Mark) als außerordentliche Unterstützung zur Verfügung zu stellen. Die Unterstützung ist insbesondere für die arbeitslosen Textilarbeiter bestimmt, die sich in einer überaus schwierigen Lebenslage befinden.

Die Spaltung der Komintern.

Eine zweite kommunistische Partei in der Tschechoslowakei.

Prag, 26. Dezember. (Eigenbericht.)

In Prag fand dieser Tage unter Teilnahme des deutschen oppositionellen Kommunisten Heinrich Brandier eine Sitzung des Aktionskomitees der geeinigten kommunistischen Opposition in der Tschechoslowakei statt, in der der Gewerkschaftler Hais zum Obmann gewählt wurde. Durch diese Einigung ist eine neue politische Partei entstanden, welche 50 000 Mitglieder, eine Druckerei in Prag, sieben Arbeitshäuser und sechs Zeitungen besitzt.

Ein Gemütsmensch.

Die Arbeitslosigkeit geht um und damit der Hunger. Viele Hunderttausende wissen nicht, wie sie vor Hunger in den Schlaf kommen sollen. In dieser Zeit sprach ein Agrarier, der Dekanomierat Schlotz, auf einer Landwirtenversammlung in Anklam:

„Es ist in solchen Fällen besser, man verbrennt den Roggen, als daß man ihn zu billig verkauft, und wenn die Schweine zu billig werden, dann werfen Sie die Ferkel lieber in die Döfste.“

Das ist eine Variante zu dem bekannten Westfälischen Weisheit aus dem Jahre 1923: „Das Volk verhungert bei vollen Scheuern.“ Das Volk hungert, aber die Großagrarier verbrennen lieber den Roggen und werfen die Schweine in die Döfste!

Warum nicht Reichsfinanzminister?

Eine Rundfunkrede von Paul Herz.

Am zweiten Weihnachtsfeiertag sprach im Berliner Rundfunk der Reichstagsabgeordnete Dr. Paul Herz über das Thema: „Warum nicht Reichsfinanzminister werden wollte.“ Dr. Herz führte im wesentlichen aus:

„Die Funkstunde hat mich aufgefordert, über die Gründe zu sprechen, die mich bewegen haben, das mir angetragene Amt eines Reichsministers der Finanzen abzulehnen. Dabei kann es sich selbstverständlich nicht darum handeln, die Gründe persönlicher Art darzulegen, die gegen die Übernahme eines so verantwortungsvollen Amtes sprechen, dessen Vetter bereits in wenigen Tagen auf der Konferenz im Haag zu den Führern der deutschen Delegation gehören wird. Ich will vielmehr versuchen, die sachlichen Ratione auseinanderzusetzen, die mich bestimmen haben, die Übernahme des Amtes abzulehnen. Damit Sie diese verstehen, muß ich jedoch zuerst darlegen, wie es zum Rücktritt des bisherigen Reichsfinanzministers Dr. Hilferding und des langjährigen Staatssekretärs dieses Amtes, des Professors Dr. Popih gekommen ist.“

Die deutsche Finanzpolitik steht seit längerer Zeit vor zwei großen Problemen. Es müssen erstens die Schwierigkeiten in der Kasse des Reiches beseitigt werden, und es soll zweitens nach der Annahme des Young-Planes durch eine Finanzreform eine steuerliche Entlastung aller Schichten des deutschen Volkes erzielt werden.

Ich will zunächst über das erste Problem sprechen. Die Schwierigkeiten, die Zahlungsverpflichtungen des Reiches pünktlich zu erfüllen, lauchen jetzt nicht zum ersten Male auf. Bereits im Frühjahr dieses Jahres fehlten der Reichskasse zur Deckung laufender Verpflichtungen am Monatschluß vorübergehend mehrere hundert Millionen Mark. Es wußte zu ganz außergewöhnlichen Maßnahmen gezwungen werden, um zu verhindern, daß das Reich seine Zahlungsverpflichtungen nicht erfüllen konnte. Die Ursache für diese Schwierigkeiten liegt mehrere Jahre zurück.

Bereits seit dem Jahre 1926 hat die Reichskasse einen verheerenden Fehlbetrag.

Es wurde mehr verausgabt als vereinnahmt. Eine weitere Verschärfung der Kassenlage des Reiches trat im Winter 1928/1929 ein, als durch das gewaltige Anschwellen der Arbeitslosigkeit das Reich gezwungen war, der Arbeitslosenversicherung ein Darlehen in Höhe von etwa 200 Millionen zu gewähren. Auch dafür war keine Deckung vorhanden, das Reich mußte diese Summe borgen.

Der Reichsfinanzminister Dr. Hilferding hatte diesen Ernst der finanziellen Lage Deutschlands rechtzeitig erkannt. Dies zeigte der Entwurf des Haushalts für das Jahr 1929, den er dem Reichstag vorlegte. Die Regierungsparteien aber verweigerten diesem Plan die Zustimmung.

Alle diese Umstände, der seit 1926 vorhandene Fehlbetrag im außerordentlichen Haushalt, die erheblichen Darlehen an die Arbeitslosenversicherung, die Fehlbeträge im ordentlichen Haushalt 1928 und 1929, führten zu der bereits erwähnten bedrohlichen Zuspitzung der Kassenverhältnisse im Frühjahr 1929. Schon damals konnte man ahnen, was dem Reich in dem Monat der höchsten Ausgabenanpannung, dem Dezember, bevorstehen würde. Als selbst der Anreiz der Steuerfreiheit nicht ausreichte, um dem Reich erhebliche Beträge auf dem Wege der Anleihe zuzuführen, mußte durch die Aufnahme kurzfristiger Kredite bei inländischen und ausländischen Banken vorübergehend Hilfe geschaffen werden. Ueber die Schwierigkeiten im Frühjahr kam man auf diese Weise hinweg, nicht aber über die Schwierigkeiten, die jetzt Ende Dezember vorhanden sind.

Die Reichskasse steht Ende Dezember vor der Notwendigkeit, Zahlungsverpflichtungen von 450 Millionen Mark befriedigen zu müssen, für die nur 120 Millionen vorhanden sind, während für 330 Millionen die Deckung fehlt.

Die Reichsregierung hat mit diesen Kassenverhältnissen seit langem gerechnet, und nach dem Fehlschlag der steuerfreien Anleihe nach anderen Mitteln gesucht, um einen Teil der schwebenden Schulden in langfristige Schulden umzuwandeln. Die wichtigste Maßnahme war der Abschluß der Schwedenanleihe im Zusammenhang mit dem Sündholzmonopol, durch die dem Reich zu günstigen Bedingungen für 50 Jahre eine Anleihe von etwa 500 Millionen \mathfrak{M} . gewährt wird. Zwar soll die erste Zahlung auf die Schwedenanleihe erst Mitte des nächsten Jahres eingehen. Aber es war von Anfang an beabsichtigt, zur Überwindung der Kassenverhältnisse im Winter auf Grund der Schwedenanleihe einen Leberückstellungskredit bei ausländischen Banken zu beschaffen. Die Verhandlungen über einen solchen Kredit sind bald nach dem Abschluß der Schwedenanleihe mit dem amerikanischen Bankhaus Dillon Read u. Co. aufgenommen worden.

Die Verhandlungen waren in einem günstigen Stadium, als plötzlich der Reichsbankpräsident Dr. Schacht mit seinem Memorandum hervortrat.

Selbstverständlich mußte dieses Memorandum die Kreditverhandlungen ungünstig beeinflussen und das Mißtrauen der ausländischen Geldgeber in die deutsche Finanzgebarung erwecken. Herr Schacht begnügte sich aber nicht mit dem Memorandum, sondern leitete der Reichsregierung mit, daß seine Mitwirkung bei der Beschaffung des ausländischen Kredits nur in Betracht komme, wenn das Reich bis Ende 1930 etwa 500 Millionen zur Verminderung seiner schwebenden Schulden verwenden würde.

Reichsregierung und Parteiführer lehnten diese Forderung des Reichsbankpräsidenten ab. Sie glaubten dies um so eher tun zu können, weil die Regierung sich schon vorher entschlossen hatte, zur Überwindung der Kassenverhältnisse dem Reichstag ein Sofortprogramm vorzulegen. Außerdem erwartete man, daß es möglich sein würde, den ausländischen Kredit auch ohne die positive Mitwirkung des Herrn Schacht zu erhalten.

Herr Schacht erklärte sich passiv zu verhalten. Aber das verzögerte

Bedenken beim Reparationsagenten und bei der französischen Regierung.

Der Reparationsagent stellte sich auf den Standpunkt, die Aufnahme der neuen Anleihe dürfe nur im Einverständnis mit dem Reichsbankpräsidenten erfolgen. Die französische Regierung dagegen fürchtete, die Aufnahme des Auslandskredits mache die nach Annahme des Young-Planes beabsichtigte Mobilisierung eines Teiles der Reparationsschuld unmöglich. Unter diesen Umständen könne die beabsichtigte Anleihe eine ernste Gefahr für den Abschluß des Young-Planes werden, da sie Frankreich für die nächste Zeit eines wesentlichen Verlusts beraube, auf den man bei Annahme des

Young-Planes bisher gerechnet habe. Dieser Einwand hängt vielleicht auch damit zusammen, daß das alte mächtige Bankhaus Morgan nicht zulassen wollte, daß dem Kontrahenzhaus Dillon Read ein Vorrecht für deutsche Reichsanleihen eingeräumt werde.

Diese Widerstände machten die Aufnahme eines Auslandskredits völlig unmöglich. Die Reichsregierung konnte es nicht verantworten, die Annahme des Young-Planes zu gefährden, zumal die Aussicht außerordentlich gering war, trotz dieser Widerstände den ausländischen Kredit zu erhalten.

So war die Regierung also plötzlich vor die Wahl gestellt, entweder Ende Dezember die Gehälter der Beamten und Angestellten, die Löhne der Arbeiter, die Renten für Kriegsbeschädigte, Kleinrentner, Invalidenrentner und Erwerbslose, sowie die Leberückstellung an Länder und Gemeinden nicht voll auszahlen zu können, oder neue Verhandlungen mit dem Reichsbankpräsidenten anzuknüpfen, um seine Einwilligung zur Kreditbeschaffung zu erhalten.

Ingefaßtes der unermesslichen Gefahren, die aus einer Zahlungseinstellung des Reiches für das ganze deutsche Wirtschaftsleben erwachsen müßte, mußte sich die Regierung bereit finden, den Forderungen Schachts entgegenzukommen. Das Ergebnis der sofort aufgenommenen Verhandlungen mit dem Reichsbankpräsidenten war ein Gesetzentwurf der Regierungsparteien zur „Außerordentlichen Tilgung der schwebenden Reichsschuld“. Er sieht vor, daß bei der Aufstellung eines Nachtrages zum Haushaltsplan 1929 und dem Haushaltsplan 1930 ein Tilgungsfonds zur Tilgung der schwebenden Schuld des Deutschen Reiches einzustellen ist, der spätestens bis Ende des Rechnungsjahres 1930 den Betrag von 450 Millionen zu erreichen hat. Der Fonds ist aus Steuern und Einsparungen bei den Ausgaben zu speisen. Diese

Unterzeichnung der Reichsregierung unter den Willen des Reichsbankpräsidenten Schacht

haben sowohl dem Staatssekretär Dr. Popih als auch den Reichsfinanzminister Dr. Hilferding veranlaßt, von ihrem Amt zurückzutreten. Beide Herren brachten damit zum Ausdruck, daß dieser Eingriff von außen in die Politik des Deutschen Reiches die Fortsetzung der bisherigen Reichsfinanzpolitik unmöglich macht. Dieses Verhalten wird man um so eher verstehen, wenn man berücksichtigt, daß der Vorstoß von Dr. Schacht nicht nur dem Reich allein gilt, sondern der gesamten öffentlichen Wirtschaft, deren Ausdehnung er stets bekämpft hat. Das macht es auch erklärlich, warum die Kreise der Wirtschaft, denen jetzt Schacht die Steuerentlastung gefährdet, trotzdem hinter ihm stehen und ihn decken.

Damit konnte ich zu dem zweiten Problem, zur Finanzreform. Für die Finanzreform, insbesondere für die angestrebte Steuerentlastung, ist ein ganz neuer Tatbestand geschaffen.

Durch die Annahme des Young-Planes werden zwar die deutschen Reparationslasten in den nächsten Jahren um rund 700 Millionen jährlich ermäßigt. Davon steht aber nur ein kleiner Teil zur Steuerentlastung zur Verfügung, da der größere Teil dieses Betrages für den Ausgleich des Reichshaushalts erforderlich ist. Die ungünstige Entwicklung der Reichsfinanzen im Jahre 1929, die Stagnation des Wirtschaftslebens, die vermutlich auch im Jahre 1930 die Reichsfinanzen ungünstig beeinflusst, sagt den Spielraum weiter ein, auf dem das Finanzprogramm der Reichsregierung beruht.

Alle diese Tatsachen in Verbindung mit den Kassenverhältnissen haben bei ernsten Finanzstrikern Bedenken hervorgerufen, ob es überhaupt möglich sei, Steuerentlastungen in erheblichem Umfang vorzunehmen.

Diese Kreise wiesen mit Recht darauf hin, daß eine Steuerentlastung erst in Frage kommen könne, wenn zuvor die Kassenverhältnisse des Reiches beseitigt und die Fehlbeträge im Haushalt gedeckt seien.

Nach dem Eingreifen des Reichsbankpräsidenten Schacht und nach der Verpfändung, 450 Millionen im Jahre 1930 aus dem Etat zur Schuldentilgung zu verwenden, ist aber die Sachlage noch viel ernster als vorher. Das Schuldentilgungsgesetz läßt zwar die Frage offen, welcher Teil von diesen 450 Millionen Mark aus Steuern und welcher Teil aus Einsparungen bei den Ausgaben aufzubringen ist. Berücksichtigt man jedoch die ungeheuren Schwierigkeiten, die aufzutauchen, wenn man Ersparnisse in nennenswertem Umfang bei den Ausgaben erzielen will, so kommt man zu dem Ergebnis, daß die 450 Millionen wahrscheinlich nur dadurch beschafft werden können, daß die in Aussicht genommene Finanzreform mit der Ermäßigung der Steuerlasten auf erhebliche Zeit verschoben werden muß.

Man kann insofern annehmen, daß das Schuldentilgungsgesetz nicht ohne Einfluß bleiben wird auf den Zeitpunkt und den Inhalt der von der Reichsregierung geplanten Finanzreform. Dem steht jedoch die Tatsache im Wege, daß das Vertrauensvotum, das die Reichsregierung am 14. Dezember vom Reichstag erhielt, ausdrücklich auf das Finanzprogramm Bezug nahm. Gewiß geschah dies nur vorbehaltlich der endgültigen Bestätigung der Gesetze im einzelnen. Es enthielt auch nur die Verpflichtung zur „Wahrung“ der Grundzüge der Finanzreform der Regierung. Inwiefern ist die Regierung dadurch auf dies Programm festgelegt, so daß es strittig sein kann, ob ein neuer Finanzminister frei ist in seinen Entscheidungen oder gebunden ist an die bisherigen Absichten der Reichsregierung.

Das ist um so wichtiger, weil die Reichsregierung auch nach der Annahme des Schuldentilgungsgesetzes an dem Programm der Steuerentlastungen festgehalten hat.

Unter normalen Verhältnissen wäre der Reuebesetzung des Amtes des Reichsfinanzministers eine Klärung dieser Frage vorangegangen. Aber dieselben außenpolitischen Erwägungen, die den Rücktritt der Gesamtregierung verhindert haben, zwangen zur sofortigen Wiederbesetzung des Postens des Reichsfinanzministers. Wollte man die Haager Konferenz nicht gefährden, so mußte ohne jede Verzögerung der neue Finanzminister sein Amt antreten. Zeit zu neuen Verhandlungen unter den Parteien mit der Regierung über den Einfluß der Annahme des Schuldentilgungsgesetzes auf die Reichsfinanzreform war insofern nicht vorhanden.

Die Annahme des Amtes mußte bedingungslos erfolgen und die Klärung etwaiger Streitfragen auf die Zeit nach dem Haager Verhandlungen verschoben werden.

Unter diesen Umständen konnte ich mich zur Übernahme des mir angetragenen Amtes nicht entschließen. Bereits seit längerer Zeit habe ich große Zweifel, ob eine Reichsfinanzreform mit dem Ziele einer Steuerentlastung, die wirtschaftlich großen Nutzen bringen kann, finanzpolitisch möglich ist. Mein Standpunkt deckt sich mit dem Schlußsatz der Erklärung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die der Abgeordnete Dr. Brühlhelm am 13. Dezember im Reichstage abgab.

Nach der Verpflichtung des Reiches zur zwingenden Tilgung seiner Schulden aus dem Uat werden die Möglichkeiten der Finanzreform weiterhin erheblich eingeschränkt.

Es ist überhaupt fraglich, ob durch diesen Druck von außen die unabhängige Führung der Reichsfinanzpolitik noch möglich ist, auf die jeder Wert legen muß, wenn er volle Verantwortung zu übernehmen hat.

Daher entspricht es den Grundzügen des parlamentarischen Staates, daß diejenigen, die diese Entwicklung herbeigeführt bzw. gebilligt haben, auch die Verantwortung für sie übernehmen. Da die Regierung sich an ihr früheres Finanzprogramm gebunden erachtet, mußte die Befehung des Amtes des Reichsfinanzministers mit einem Manne erfolgen, der auf dem Boden dieses Programms steht und glaubt, es verwirklichen zu können. Kommt er in seiner Tätigkeit zu der Überzeugung, daß von den bisherigen Absichten abgewichen werden muß, so wird ihm die Auffstellung neuer Ziele und ihre Durchführung auch leichter möglich sein als demjenigen, der immer offen seine Zweifel bekundet hat.

Revolutionärer Wettbewerbsunfug. Der neueste Sowjettschwindel.

Der sogenannte revolutionäre Wettbewerb ist große Mode in Sowjetrußland. Er wird veranstaltet zwischen der Arbeiterschaft verschiedener Betriebe. Der Zweck ist, den Sportgeist und die Reizhaftigkeit der Produktionsleistung dienstbar zu machen. Es ist, wenn man so will, eine Art sowjetrussischer Taylorismus.

Diese ruz Erfindung muß selbstverständlich sofort international angewandt werden. Mit Hilfe der kommunistischen Internationale werden revolutionäre Wettbewerbe veranstaltet zwischen der Arbeiterschaft russischer Fabriken und den kommunistischen Arbeitern in deutschen Fabriken. So ist vor einiger Zeit ein solcher Wettbewerb angeordnet worden zwischen den Arbeitern einer großen Benzingraden Fabrik und der kommunistischen Zelle in den Leunawerken, das Resultat ist ein revolutionärer Wettbewerb zwischen der Zelle der kommunistischen Jugend der Sowjetunion der Transformatorfabrik in Moskau und der Zelle der kommunistischen Jugend der AEG-Apparatefabrik in Trossow-Berlin.

Wozu dieser Wettbewerb? Streng genommen müßten sich die Kommunisten in deutschen Fabriken verpflichten, die Produktivität ihrer Werke ebenso zu steigern, wie es die russischen Arbeiter in ihren Fabriken tun sollen. In Wahrheit soll die Leistung der deutschen kommunistischen Arbeiter in verstärkter Propaganda für die kommunistische Partei bestehen.

Der Wettbewerb wird im allgemeinen von den russischen Arbeitern verurteilt. Sie erblicken darin ein Mittel des Anreizsystems, das sich nach der Ausschaltung der Gewerkschaften in Sowjetrußland breit macht. Die deutschen kommunistischen Arbeiter machen sich also zu Helfershelfern dieses Anreizsystems, wenn sie an den Wettbewerben teilnehmen.

Das russische Gewerkschaftsorgan hat wiederholt Fälle angeführt, in denen in Rußland rekordmäßige Arbeiterhöfen sich den Sieg in solchen Wettbewerben erschwanden. Fanatisch verbohrien Kommunisten in Deutschland dürften das ebenfalls nicht schwer fallen. Sie sind es gewohnt, daß ihre Presse über die Bewegung der kommunistischen Partei kräftig schwindelt, um ihren Auftraggebern in Moskau zu imponieren. Warum also nicht auch ein wenig Schwindel bei solchen internationalen revolutionären Wettbewerben! An den Schwindel, der dabei in Rußland getrieben wird, werden sie doch trotz aller Distanz nicht heranreichen. Was muß man russischen Arbeitern bei solchen internationalen Wettbewerben über die Zustände in Deutschland erzählen. Was müssen sie darüber für Vorstellungen haben! Alles in allem werden sie schließlich noch zu der Einbildung gelangen, daß Deutschland so eine Art Sowjetstaat sei, in dem die kommunistische Partei nur eben noch gerade nicht die Macht ergriffen habe.

Die Belagungen sind dabei die in künstlicher Unwissenheit gehaltenen russischen Arbeiter und die deutschen kommunistischen Arbeiter letzten bei dem Schwindel Hilfeleistung.

Irland vom Sturm heimgesucht.

London, 26. Dezember.

Ueber große Teile Englands ging in der Nacht zum ersten Weihnachtstag und in den frühen Morgenstunden ein sehr schwerer Sturm hinweg. Besonders heimgesucht wurde das südliche Irland. In Tipperary wurde bedeutender Schaden angerichtet. Teile der Stadt sind überschwemmt. Aus Kirkwall wird gemeldet, daß sämtliche Seebäder wegen der Heftigkeit des Sturmes eingestellt werden mußten. Der Sturm erreichte zeitweise eine Stärke von mehr als 70 Stundenmeilen. Die nördlichen Orkanwinde sind ohne Weihnachtspost. Im Kanal ist die Schifffahrt gleichfalls stark behindert. In der Bucht von Plymouth haben zahlreiche Dampfer vor dem Sturm Zuflucht suchen müssen.

Verhängnisvolle Kumpeli.

Ein junger Mann in der Rotwehr niedergeschossen.

Bei der Heirat von einem Weihnachtsbesuch gerieten am ersten Feiertag kurz nach 10 Uhr abends ein 53 Jahre alter Kaufmann Theodor S. aus der Waldstraße und seine Angehörigen mit einigen jungen Leuten aneinander. In der Rotwehr zog der Kaufmann seine Pistole, schoß und tötete einen jungen Mann schwer.

Der Kaufmann hatte mit Frau, Sohn und Tochter Bekannte in der Paulstraße besucht. Auf dem Heimweg ging der Vater mit dem Sohne zusammen und etwa drei Schritte vor ihnen die Ehefrau und die Tochter. An der Ecke der Wilsnacker und der Straße Alt-Neubühl kamen fünf bis sechs junge Leute des Weges, die nach der Ansicht des Kaufmanns nicht ganz nüchtern waren. Einer von ihnen stieß das junge Mädchen mit der Schulter heftig, während ein zweiter sich gewaltsam zwischen Mutter und Tochter hindurchzubringen suchte. Der Vater und der Sohn eilten den Frauen zu Hilfe und der junge S. geriet alsbald mit einem der Fremden in einen Ringkampf. Zwei andere griffen den alten S. an und verletzten ihm einen wichtigen Schlag gegen die rechte Schläfe. Als es S. sah, daß seine Frau zu Boden gestoßen worden war, zog er seine Pistole und gab in der Aufregung mehrere Schüsse ab. Einer traf den 21 Jahre alten Arbeiter Max S. aus der Stromstraße in den Bauch, ein zweiter den 19 Jahre alten Schlosser Roman S. vom Wellenweg in den Arm. Beide wurden nach dem Krankenhaus Noobit gebracht, wo S. verbleiben mußte, während der Schlosser nach Anlegung eines Verbandes entlassen werden konnte. Der Kaufmann und seine Angehörigen hatten sich auf dem Straßenrand der Linie 3 gesammelt, bis sie zu einem Saniposten kamen. Diesem teilte S. den Vorfall mit. Seine Personellen wurden festgestellt und er dann vorläufig wieder entlassen.

Rotkoller in Japan.

Immer neue Verfolgungen.

Tokio, Ende Dezember. (Eigener Bericht.)

Obwohl die politische Macht seit dem Sturz des Barons Tanaka aus den Händen der militärischen Feudalaristokratie in die Hände der Großbourgeoisie mit dem „Bömen“ Homoguchi als Ministerpräsident übergegangen ist, hat sich an der Einstellung des offiziellen Japan dem Sozialismus gegenüber nicht das geringste geändert. Noch wie vor werden alle fortgeschrittenen Ideen im Lande als „Kommunismus“ verdächtigt, und der wegen seiner Bürgerlichen und seines moralischen Wertes so hoch gepriesene Jivisti Homoguchi ist nicht weniger rotschwarz als der General Tanaka.

Anlässlich des sechsten Gedenktages des großen Erdbebens, das in ganz Japan als eine Art Waffenstillstandstag gefeiert wurde, hat der Ministerpräsident in einer kurzen Rundfunkansprache Klage geführt, daß das japanische Volk seinen alten sittlichen Ernst verloren habe und nicht weniger unterirdischen Katastrophen ausgesetzt sei als die japanische Erde. Es sei nötig, sich vor der Auswirkung von Umhurzideen zu schützen. Unmittelbar auf diese Mahnung ist eine Kommunistenjagd gefolgt, die als Ergänzung zu der im Frühjahr veranfaßten gedacht war; damals ist sie auf höheren Befehl von der gesamten Presse fortgeschwiegen worden. Die Ergebnisse sind allerdings nicht so bedeutend gewesen, wie 1928.

1000 Opfer dieser Methode sitzen noch hinter Schloß und Riegel, obwohl die Mehrzahl von ihnen nichts mit den Ideen Moskaus zu tun hat.

Ihr ganzes Verbrechen ist, daß sie gewagt haben, freierlicher zu denken, als es der Regierung angenehm.

Auch unter dem „neuen Kurs“ erinnert die Presse in regelmäßigen Zwischenräumen daran, daß die Beschäftigung mit sozialistischen und kommunistischen Ideen höchst gefährlich ist. Die Provinzialbehörden und die Polizei haben die Befehle erhalten, gegen die Gefahr eines Umsturzes auf der Hut zu sein. Offiziell wird Schweigen über alle Vorgänge bewahrt, die in Zusammenhang mit der als „tabu“ bezeichneten sozialen Bewegung stehen. Von Zeit zu Zeit dringen jedoch durch Zufall interessante Mitteilungen in die Öffentlichkeit. Kürzlich telegraphierte der Korrespondent des hiesigen Reuterbüros nach Schanghai, daß der bekannte japanische Kommunist Sano Gaku in Japan angekommen sei. Mit letzterer Eile ließ die Regierung alle Zeitungen, die diese Nachricht von China her übernommen hatten, beschlagnahmen. Die Mitteilung selbst tom ganz überraschend, da bekannt war, daß Sano Gaku, der aus einer angesehenen Familie Japans stammt und mit dem Hochadel verschwägert ist, 1928 aus Japan geflohen war, wo er

extremistischer Vergehen als verdächtig galt. Tatsächlich war Sano Gaku

von japanischen Geheimagenten in dem britisch-chinesischen Schanghai ausgehoben und als Gefangener an Bord eines japanischen Schiffes nach Japan gebracht.

worden. Diese Verlegung des Asylrechtes durch Japan steht keineswegs vereinzelte da. Kurze Zeit nachher wurde ein Koreaner, der sowohl als Sportmann wie als Vorkämpfer der von Japan gezielten koreanischen Unabhängigkeitsbewegung bekannt ist, am hellen Tage auf einem Schanghai Sportplatz verhaftet und zum Verhör nach Japan gebracht. Auch die chinesische Presse sah sich gezwungen, zu diesen Gewalttätigkeiten zu schweigen, da die chinesische Regierung Japan freie Hand über die Japaner in China läßt. Der japanische Konsul in Schanghai war jedenfalls in der Lage durchzusehen, daß die Zeitung „Rainische Schimbun“, die über die Verhaftung Sanos berichtet hatte, auf vierzehn Tage verboten wurde.

In Japan herrscht völlige Unkenntnis darüber, was mit den sogenannten Kommunisten geschieht. Ueber das gegen sie schwebende Verhaften verlautet kein Wort. Die Regierung hat bisher nur mitgeteilt, daß sie den Kampf gegen den Umsturz bis zu dessen völliger Ausrottung auch dann weiterführen werde, wenn die Untersuchung keine Resultate ergeben sollte. Die Fürsorge der Obrigkeit erstreckt sich naturgemäß auch auf die Behütung der Jugend vor der roten Gefahr. Obwohl die Freiheit des Denkens auch für die japanischen Universitäten proklamiert ist, sind sie bereits völlig reibellenrein, denn

jeder Professor, der auch nur entfernt der Sympathien mit fortgeschrittenen Ideen verdächtig war, ist von seinem Lehramt entsetzt worden.

Die Bestimmung der Hörer kontrolliert ein ausgebildetes Spiegelsystem, und der Methode ist es gegliedert, den geistigen Standard der Hochschulen auf das Niveau von Kleinkinderbewachanstalten herabzubringen.

Genau so ängstlich sind die Behörden in der Überwachung des Gedankenimports. Nicht nur jeder Buchhändler, sondern jeder zu Schiff Ankommende ist verpflichtet, eine Liste seiner Bücher vorzulegen. Dabei ist wie in allen Ländern mit einem ähnlichen System auch in Japan festzustellen, daß zugleich mit den Verfolgungen das allgemeine Interesse am Studium der so arg verpönten sozialen Frage bedeutend zunimmt, und es ist sicher, daß der Rotkoller der Regierung das Entgegengesetzte der beabsichtigten Wirkung erreichen wird.

Bersammlung der Außenmonteure.

Bericht über die Verhandlungen mit dem DMR.

Die während der Feiertage in Berlin weilenden Außenmonteure der Berliner Metallindustrie waren, wie es seit Jahren schon üblich ist, am zweiten Feiertag vormittag in den Sophienhöfen zusammengekommen. Um ihre Erfahrungen auszutauschen und sich von den Organisationsvertretern über die organisatorischen und tariflichen Fragen unterrichten zu lassen von denen sie trotz des christlichen Verkehrs mit der Verbandslitung nicht bis auf alle Einzelheiten informiert werden konnten.

Der Vertreter des Metallarbeiterverbandes berichtete über den Ausgang der Verhandlungen mit dem Verband Berliner Metallindustrieller, die wegen des Neuaufschlusses des Abkommens über die Auslösungsjahre der Monteure geführt worden sind. Die Osterparlament der Außenmonteure hatte die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes beauftragt, dieses Abkommen zu gegebener Zeit zu kündigen und zu versuchen, es so abzuändern, daß es den durch die Steigerung der Lebenshaltungskosten im In- und Auslande veränderten Verhältnissen wieder entspricht. Die Ortsverwaltung war diesem Befehl auch nachgegeben und hatte dem DMR, eine Anzahl Verbesserungsorschläge unterbreitet. So hatte sie vom DMR für die Monteure der Eisenkonstruktionsbranche des Aufzugsbaues usw. die Gewährung einer Höhengzulage gefordert, was aber weder in den Parteiverhandlungen noch in den anschließenden Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß durchgesetzt werden konnte.

Da diese Frage aber in der gesamten Eisenkonstruktionsbranche debattiert wird, und zwar nicht nur von den Monteuren, sondern auch von den Schloßern und Helfern, ist mit der Klärung der Forderung der Monteure noch nicht das letzte Wort darüber gesprochen worden.

Die Forderung nach Schaffung einer Städteordnung, wodurch endlich der dauernde Streit um die richtige Einordnung des Montageortes in die jetzt vereinbarte Größengruppierung der Städte beseitigt werden soll, konnte ebenfalls nicht durchgesetzt werden. Ebenfalls konnte die tarifliche Regelung der Auslösungsjahre für das europäische und das überseeische Ausland erreicht werden.

Hier hat aber der Metallarbeiterverband die von der Monteurkommission ermittelten Erfahrungswerte zusammengefaßt und drucken lassen, so daß sich die Monteure, bevor sie einen Montagevertrag nach dem Ausland abschließen, vergewissern können, ob sie mit dem Auslösungsjahre auch auskommen können, die ihnen von ihren Firmen angeboten werden.

Vor dem Schlichtungsausschuß wurde lediglich die Erhöhung der Auslösungsjahre für Deutschland um 25 bis 40 Pf. pro Tag erreicht. Ebenso wurde eine teilweise Nivellierung der Auslösungsjahre, die bisher je nach der Industrie-gruppe verschieden waren, durchgesetzt.

Die Monteurkommission hat dem Abkommen trotz der wenigen Verbesserungen zugestimmt, da sie auf Grund der äußerst schlechten Arbeitsmarktlage keine Möglichkeit sah, mit anderen gewerkschaftlichen Mitteln mehr zu erringen.

In der Diskussion wurde ausnahmslos die Arbeit der Monteurkommission und der Ortsverwaltung anerkannt. Daß die Arbeits- und Entlohnungsbedingungen der Außenmonteure in vielen Betrieben noch sehr unzureichend geregelt sind, liegt nicht allein an der Konjunkturverhältnissen, sondern oftmals auch an der mangelnden Kollegialität der Monteure selbst. Die trüben Erfahrungen, die manche Monteure bei ihren Auslandsaufenthalten gemacht haben, und die sie in der Versammlung zum besten gaben, lassen es jedenfalls als dringend rufen erscheinen, sich vor jedem Vertragsabschluss wegen einer Auslandsaufenthalten mit der Organisation in Verbindung zu setzen.

Wohlbegründet war auch der Vorschlag, dahin zu streben, daß für das gesamte Reichsgebiet bald die Auslösungsjahre durch einen

Reichstarif geregelt werden, damit endlich wenigstens in Deutschland eine einheitliche Bezahlung der Monteure Platz greift. Die Versammlung, die von einem guten kameradschaftlichen Geist getragen war, beschloß, daß die nächste Zusammenkunft der Berliner Außenmonteure am Osterabend um 17 Uhr, und zwar wieder in den Sophienhöfen sein soll.

Erzieher der Landwirtschaft.

Nur auf Staatshilfe zu vertrauen ist kurzfristig und wirtschaftlich verderblich.

Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Schlang-Schönningen hat in diesen Tagen im Verlag Parey-Berlin ein Werk mit dem Titel „Landwirtschaft von heute“ erscheinen lassen. Wie schon die vor zwei Jahren von Schlang-Schönningen veröffentlichte Schrift „Nationalwirtschaft und Rationalwirtschaft“ enthält auch die jetzt vorliegende manche beachtliche Feststellung. So heißt es beispielsweise auf Seite 16:

„Ein landwirtschaftlicher Betrieb ist weder ein Spekulationsobjekt, noch eine Modefache des Augenblicks. Er wird in der so unendlich schwierigen Gegenwart wie Zukunft nur dann gedeihen, wenn er sich organisch aufbaut auf der Ausnutzung aller Möglichkeiten, die ihm von Natur gegeben sind; und nur die Betriebe werden auf die Dauer gesehen ertragsfähig bleiben, welche sich durch breiteste, vielseitigste Organisation jederzeit bereit halten, das Risiko nach Möglichkeit zu verteilen, einen plötzlich hereinbrechenden Konjunktursturz eines Wirtschaftszweiges in seiner Wirkung auf den Gesamtbetrieb abzumildern und jede auftretende günstige Konjunktur nach Möglichkeit auszunutzen.“

Das hätte Schlang-Schönningen bestimmt nicht geschrieben, wenn ihm nicht vieles in der Landwirtschaft mißfallen würde und wenn er nicht die Überzeugung hätte, daß unzählige Landwirte die Erfordernisse der Zeit nicht begriffen haben. Wir legen die zitierten Ausführungen als die Mahnung der Landwirte aus, selbst um die Sanierung der landwirtschaftlichen Betriebe bemüht zu sein, als sich einzig und allein auf die Hilfe des Staates zu verlassen.

Die Notwendigkeit, selbst am Wohl der Landwirtschaft zu arbeiten, betont Schlang-Schönningen mit noch größerer Deutlichkeit auf den Seiten 19 und 135 seiner Arbeit. Dort heißt es:

„Auf jeden Fall wäre es kurzfristig — ja geradezu wirtschaftlich verderblich, wollte man die Betriebsführung einzig und allein auf zukünftige Hilfsmaßnahmen des Staates einstellen.“

Und weiter:

„Denn nur der hat ein Recht auf Hilfe von draußen, der drinnen sich selbst nach besten Kräften regt.“

Diese Sätze sollte sich insbesondere der Reichslandbund merken. Vielleicht kommt ihm dann endlich zum Bewußtsein, wie lächerlich es wirkt, daß sich seine Tätigkeit als landwirtschaftliche Großorganisation nur in der ständigen Kritik an den Hilfsmaßnahmen des Staates erschöpft.

„Plan“wirtschaft in Sowjetrußland.

Der Plan ist richtig; er wird nur nicht eingehalten.

Die Moskauer und Benningrader Zeitungen schlagen Alarm; der Holzverfügungsplan wird nicht eingehalten. Bis zum 1. Dezember sind nur 14,4 Proz. des Planes durchgeführt. Auf dem Ural wecheln immer wieder die Holzfüller, die Arbeiterbaracken sind noch nicht fertiggestellt. In Räumen, die für 16 Personen bestimmt sind, haufen 100. Es fehlt an Notwendigkeiten. Im Bezirk Saroslaw sind statt 8000 Arbeiter nur 3800 zur Stelle. Im westlichen Gebiet sind nur 18 Proz. vom Jahresplan durchgeführt. Es hapert mit der Ernährung, mit der Zufstellung von Industriewaren, mit der medizinischen Hilfe. Die Arbeiter kehren in ihre Dörfer zurück. In Sibirien werden statt 18 000 nur 4000 Holzfüller beschäftigt, statt der erforderlichen 18 000 Holzfüller sind nur 1200 vorhanden, statt 32 700 Pferde nur 1350. Im Wladimirischen Bezirk sind nur 9 Proz. des Planes durchgeführt worden; statt 12 000 Holzfüller arbeiten 7000, statt 29 000 Fröhren ist kaum die Hälfte zur Stelle.

Mörder seiner Familie.

Frau und Kind erschoten, Selbstmordversuch des Täters.

Eine Familientragödie von erschütternder Tragik, die in ihren Einzelheiten noch der Klärung bedarf, spielte sich am Heiligabend in Oberschöneweide ab. In der Wohnung seines Schwiegervaters in der Klarastraße 1 in Oberschöneweide wolle der 34jährige Kaufmann Willi Längerich mit seiner 22jährigen Frau Gertrud und seinem dreijährigen Töchterchen Renate zu Besuch. Nach der Besichtigung kam es zu einer kleinen Meinungsverschiedenheit zwischen den Eheleuten, die aber bald beigelegt zu sein schien. Plötzlich bekam Längerich jedoch einen Nervenzusammenbruch, erfiel in das Nebenzimmer, rief dort von der Wand einen Hirschfänger und stürzte sich damit auf sein Töchterchen, dem er einen linksseitigen Bruststich beibrachte. Der Stich wirkte sofort tödlich. Als Frau L. mit einem Schreckensschrei sich dazwischen warf, stach der Mann auch auf sie ein und verletzte sie durch mehrere Stiche in Brust und Rücken schwer. Ehe noch die Angehörigen weiteres Unheil verhüten konnten, stieß sich Längerich, der offenbar den Verstand verloren hatte, das lange Messer dreimal in die Brust. Frau L. und ihr Mann wurden in schwerverletztem Zustande in das Elisabeth-Hospital in Oberschöneweide gebracht. Die Frau starb trotz aller ärztlichen Bemühungen wenige Stunden nach ihrer Einlieferung. Der Täter liegt schwer danieder und es besteht kaum Hoffnung, daß er mit dem Leben davonkommen wird.

Ueber die entsetzliche Tat werden noch folgende Einzelheiten bekannt: Längerich, der vier Jahre im Felde war, war seit fünf Jahren als Buchhalter bei der A.G.B. angestellt. Vor vier Jahren heiratete er seine Frau und bewohnte mit ihr und dem Töchterchen eine Wohnung in der Frischenstraße 32 in Oberschöneweide. Die Ehe war glücklich, wirtschaftliche Sorgen lasteten nicht auf der Familie. Längerich war strebsam und fleißig und erfreute sich allgemeiner Beliebtheit. Seit einiger Zeit machte sich aber bei dem Manne, wahrscheinlich

als Nachwirkung des Krieges eine Nervenzerrüttung

hemelbar, die sich in Gedächtnisschwäche und starker Erregbarkeit äußerte. Der geringste Anlaß versetzte Längerich in große Aufregung. Sein Schwiegervater, der Mechaniker Georg Renz, der in der Klarastraße 1 in Oberschöneweide wohnt, und die anderen Verwandten sahen diesen Zustand mit Beforgnis und Anteilnahme. Schließlich wurde auf Anraten des Schwiegervaters beschlossen, den Buchhalter eine Zeilang in ein Erholungsheim in Falkensee zu bringen, wo man Besserung für ihn erhoffte. Am 24. Dezember fuhr Renz mit seinem Schwiegersohn vormittags hinaus, um die Aufnahme zu bewirken. Die Schwester in dem Heim

äußerte ihr Erstaunen, daß man den Patienten gerade am Heiligabend bringe und gab der Meinung Ausdruck, daß es vielleicht besser sei, wenn er das Fest noch bei seinen Angehörigen erleben würde. Längerich, dem die Trennung von Frau und Kind, an denen er mit inniger Liebe hing, sehr schwer fiel, bat seinen Schwiegervater, ihn doch erst nach den Festtagen in das Heim zu bringen. Er versprach, sich sehr zusammenzunehmen, damit es zu keinem Negernis käme. Renz ließ sich auch überreden.

Der Weihnachtssabend verlief auch ohne Störung.

Am ersten Feiertag war das Ehepaar Längerich mit dem Töchterchen bei den Schwiegereltern zu Besuch. Eine Weile spielten der alte Renz, sein Sohn und Längerich Karten, doch zeigten sich bald wieder die nervösen Störungen. Längerich konnte dem Spiel nicht folgen und machte selbst den Vorschlag, lieber zuzuhören. Da das Zimmer stark vertraut war, so öffnete man das Fenster. Dem Sohn Renz fiel auf, daß Längerich wiederholt an das offene Fenster herantrat. Da er befürchtete, der Schwager möge sich in einem Anfall hinausstürzen, so hielt er sich stets in seiner Nähe. Es geschah aber nichts. Als das Fenster später wieder geschlossen wurde, glaubten alle die Gefahr beseitigt. Die Frauen begaben sich nun in die Küche, um das Abendbrot herzurichten. Diese Gelegenheit benutzte Längerich, um unauffällig seine Frau und die kleine Renate abzurufen und sich mit ihnen in ein Nebenzimmer zu begeben, das er blitzschnell hinter sich abschloß.

Von der Wand rief er einen Hirschfänger herab und stach die Waffe dem Kinde in die Brust.

so daß es laut schreiend und blutüberströmt zusammenbrach. Dann wandte sich Längerich gegen seine Frau und brachte ihr zunächst auch einen tiefen Stich in die Herzgegend bei. Unter gellenden Hilferufen suchte die Betroffene aus dem Zimmer zu flüchten, fand aber die Tür verschlossen. Der Mann brachte ihr jetzt einen zweiten Stich in den Rücken bei. Die anderen Angehörigen, die nebenan die Hilferufe hörten, warfen sich mit aller Gewalt gegen die Tür und es gelang ihnen, sie aufzusprengen. Als sie in das Zimmer hineinkamen, sahen sie die Frau und das Kind sich im Blute wälzen. Längerich stand mit der Waffe in der Hand da und brachte sich, ehe man ihn hindern konnte, drei Stiche in die Brust in der Nähe des Herzens bei. So schnell es möglich war, beschaffte man einen Wagen von der Rettungsstelle und ließ alle drei — da auch Frau Längerich und das Kind noch Lebenszeichen von sich gaben — nach dem Elisabeth-Hospital bringen. Auf dem Wege dorthin verstarb aber das kleine Mädchen schon und die Mutter verschied gegen Mitternacht. Längerich selbst lebt noch, es ist aber zweifelhaft, ob die Ärzte ihn retten können.

Opfer des Verkehrs.

Drei tödliche Unfälle.

Am Heiligabend ereignete sich im Zentrum Berlins an der Kreuzung der Schönhauser und Lohringer Straße ein folgenschwerer Unglücksfall, dem leider ein Menschenleben zum Opfer fiel.

Zwei Autodroschken stießen so heftig aufeinander, daß eines der Fahrzeuge auf dem schlüpfrigen Pflaster mehrere Meter weit fortgeschleudert wurde und dann umstürzte. Während die Führer der Autos und die Insassen mit ganz geringfügigen Verletzungen davon kamen, wurde ein Passant der in diesem Augenblick die Unfallstelle passierte, der 35jährige Arbeiter Karl Thomas aus der Schönhauser Allee 4, unter der umgestürzten Droschke begraben. Der Berunglückte erlitt schwere Verletzungen und wurde in das Krankenhaus am Friedrichshain gebracht, wo er bald nach seiner Einlieferung starb.

In der Fürstenwälder Straße in Rahnsdorf fuhr am ersten Feiertag kurz nach 16 Uhr ein Privatauto mit einem Motorradfahrer zusammen. Das Kraftfahrzeug wurde zertrümmert, und der Fahrer, ein 23jähriger Roderich Kömmerhirt aus der Poststraße 4 in Oberschöneweide, in hohem Bogen auf das Straßepflaster geschleudert. Er erlitt außer einem Schädelbruch schwere innere Verletzungen und starb kurz nach seiner Aufnahme im Köpenicker Kreisstrankenhaus. — Beim Ueberschreiten des Fahrdammes an der Ecke Stallher und Wrangeilstraße wurde am zweiten Feiertag mittags gegen 12 Uhr der Händler Riether aus der Südbörsenstraße von einem Privatauto erfasst und überfahren. R. hatte so schwere Verletzungen erlitten, daß er starb, noch bevor ein Arzt zur Stelle war.

Uebrigens ereigneten sich eine Reihe von schweren Zusammenstößen und anderen Verkehrsunfällen, bei denen es zahlreiche Schwere- und Leichtverletzte gab, die in Krankenhäuser übergeführt werden mußten.

Die Direktion des Jucht- und Ruhpoldermarktes, Magerviehhof, Berlin-Friedrichsfelde, bittet uns mitzutellen, daß der nächste Markt für Pferde, Ferkel und Läuferchweine am 2. Januar 1930 stattfindet. Der Rindermarkt fällt im Einvernehmen mit den Interessenten an diesem Tage aus.

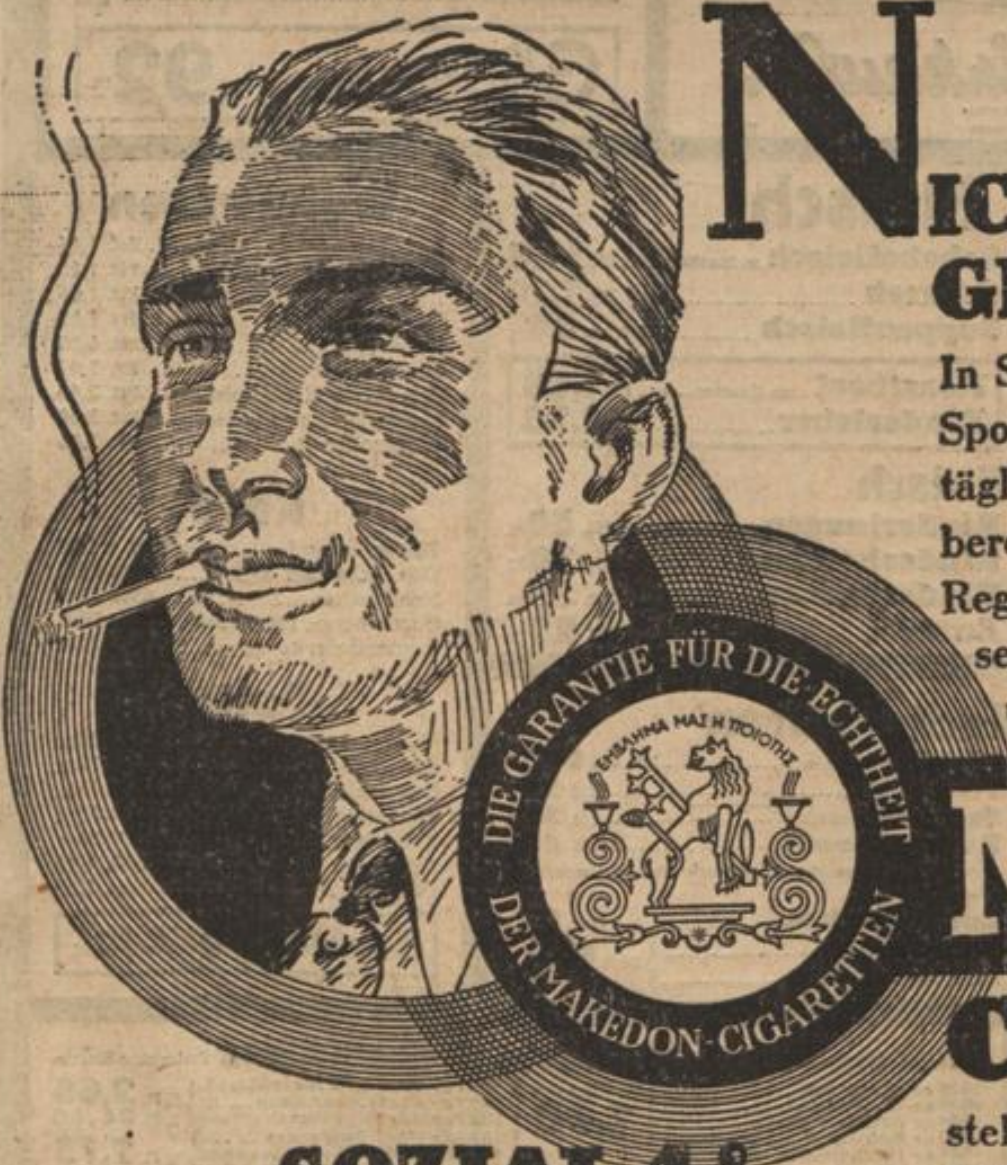
Wenn Schmerzen



Logal Tabletten

Logal-Tabletten sind ein hervorragendes Mittel bei Rheuma, Gicht, Ischias, Grippe, Nerven- und Kopfschmerz, Erkältungskrankheiten. Laut notarieller Bestätigung anerkennen über 3000 Ärzte, darunter viele bedeutende Professoren, die gute Wirkung des Logal. Ein Versuch überzeugt! Fragen Sie Ihren Arzt. In allen Apotheken. Preis R.M. 1.40

6.46 Chlm. 12.6 Lblt. 74.3 Acid. acet. sat. ad 100 Amyl.



NICHT WIE EIN UNTERLIEGENDER SPORTSMANN!

In Sportskreisen ist es bekannt, daß selbst der beste Sportsmann im Stadion unterliegen muß, wenn er nicht täglich seinem Training lebt und nicht jederzeit startbereit ist. Das gleiche wird im täglichen Leben zur Regel: Jedem, der sich dem allgemeinen Fortschritt seiner Umgebung nicht anschließt, ergeht es wie dem unterliegenden Sportsmann.

MAKEDON CIGARETTEN

stellen einen qualitativen Fortschritt dar und dürfen von fortschrittlichen Rauchern nicht ignoriert werden. Ihr Qualitätsniveau entspricht in jeder Hinsicht den anspruchsvollen Anforderungen unserer Zeit.

MAKEDON CIGARETTENFABRIK G. M. B. H., MAINZ AM RHEIN

SOZIAL 4's
PERFEKT 5's
SELECT 6's

Generalvertretung: CARL SÜDEL, Berlin W 35, Potsdamer Straße 118. Telefon: BI, Kurfürst 8354

